



# Der Senat soll einpacken!

## Demonstration gegen Sozialkürzungen - für eine solidarische Sozialpolitik

Dienstag, 16. April 2002

**Auftaktkundgebung: 16.30 Uhr, Moorweide**  
**Schlußkundgebung: ca. 18 Uhr, Großneumarkt**

**Schluß mit den Kürzungen im sozialen Hilfesystem!**  
**Schluß mit der Unterordnung sozialer Hilfen unter Law-and-Order-Vorgaben!**  
**Bekämpfung der Armut statt der Armen!**  
**Solidarität statt Ausgrenzung!**

Auf allen politischen Ebenen hat sich mittlerweile ein neoliberaler Kurs durchgesetzt, der die „freie Entfaltung“ des Marktes beschwört, den privaten Reichtum pflegt und den Sozialstaat demontiert. Viele kommunalen Dienstleistungen wurden schon privatisiert oder ganz eingestellt und die öffentlichen Aufgaben werden zunehmend auf die Kernbereiche des „law and order“ reduziert. Bundesweit deutlich erkennbar ist diese Politik z.B. in der aktuellen Auseinandersetzung über die Arbeitslosigkeit, in der aktive Beschäftigungspolitik durch Kontrolle der Arbeitslosen und Reduzierung des Arbeitslosengeldes ersetzt wird.

Deutlich ist sie in Hamburg, wenn die neue Regierung soziale Projekte zerschlägt und die sozialen öffentlichen Aufgaben auf ein Minimum reduzieren will. Als Ausgangslage für diese Politik nutzen sie die Argumente der „leeren Kassen“, die durch immense Steuererleichterungen selbst produziert wurden und

werden. Tatsächlich geht es dem Senat in der Auseinandersetzung um den Haushalt 2002 nicht ums Sparen, sondern ums Umverteilen. Ganze Hilfesysteme sind zum Abschluss freigegeben: Der akzeptierende, niedrighschwellige Ansatz in der Drogenhilfe, Frauen- und Mädchenprojekte, die offene Kinder- und Jugendarbeit, die interkulturellen Begegnungsstätten, Aidshilfe und das Prinzip Tariflohn statt Sozialhilfe.

Wesentliche Dienststellen und öffentliche Betriebe der Daseinsvorsorge stehen zum Verkauf, allen voran die staatlichen Krankenhäuser.

Dort wo der Rechtsanspruch auf staatliche Leistungen nicht per Federstrich aufgehoben werden kann, wird mit rechtlich fragwürdigen

**KANN  
EINPACKEN!**

Methoden auf die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes eingewirkt, um eine restriktive Bewilligungspraxis durchzusetzen.

Trotz vollmundiger Ankündigung in der Bildungspolitik nicht zu sparen, werden die Mittel für pädagogische Mittagstische, Lernmittel und für die Weiterbildung zusammengestrichen und die Schulzeit verkürzt. PISA läßt grüssen. Diese Politik fördert Arbeitsplatzabbau, Lohndumping und Armut.

Für Hamburg sind 34,7 Mio. EUR Kürzungen in 2002 geplant, weitere 225 Mio. EUR Kürzungen werden in 2003 und 2004 folgen. Heute ste-

hen viele sozialen Projekte vor dem Aus. Schon jetzt ist klar:

Zukünftig werden noch mehr Hamburgerinnen und Hamburger in unterschiedlichster Weise die Ergebnisse dieser Entscheidung zu spüren bekommen. Die Beschlüsse des Hamburger Senates sind nicht Ergebnis voreiliger Panikentscheidungen überforderter Amtsträger. Sie sind Ausdruck einer verschärften Politik der Ausgrenzung, verbunden mit gleichzeitiger Förderung bereits Privilegierter. Um diese Politik ungestört durchzusetzen, braucht Herr Schill mehr Polizei und die Unterstützung von Bürgerwehren.



**Deshalb werden wir uns dieser Politik widersetzen und uns stark machen für eine Welt, in der menschliche Arbeits- und Lebensbedingungen für alle die Zukunft sind.**

## **Schluß mit den Kürzungen im sozialen Hilfesystem!**

### **Schluß mit der Unterordnung sozialer Hilfen unter law and order Vorgaben!**

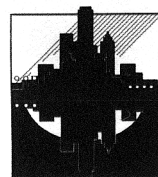
### **Bekämpfung der Armut statt der Armen!**

Unser gemeinsamer Widerstand wird einen langen Atem brauchen. Denn dieser gezielte Sozialabbau wird weitergehen und den Großteil in der Bevölkerung betreffen. Wir hoffen deshalb auf Solidarität, eine große Beteiligung und ein breites Bündnis für die Demonstration am 16.04 2002 als Auftakt für unsere Gegenwehr. Die Abgeordneten der Hamburger Bürgerschaft wollen aktuell weitere unsoziale Entscheidungen für den Haushalt 2002 beschliessen. Hier müssen wir schon ein Zeichen setzen.

## **Solidarität statt Ausgrenzung!**



Vereinte  
Dienstleistungs-  
gewerkschaft



Sozialpolitische  
Opposition Hamburg